

ERKLÄRUNG AN DIE ÖFFENTLICHKEIT

von

NIHAT SARGIN (Vorsitzender der Vereinigten Kommunistischen Partei
der Türkei TBKP) und

HAYDAR KUTLU (Generalsekretär der Vereinigten Kommunistischen Partei
der Türkei TBKP)

Wir treten ab heute in den unbefristeten Hungerstreik, ins Todesfasten. Mit unserer Aktion wollen wir auf die heraufbeschwörenden Gefahren gegen die Demokratisierung aufzeigen und unsere Aufgabe, die Öffentlichkeit davor zu warnen, verwirklichen. **Unser Todesfasten wird bis zur Aufhebung des Verbots auf der Kommunistischen Partei mit gesetzlichen Regelungen der Paragraphen 141, 142 und 163 oder bis zur Entstehung eindeutiger Zeichen dafür oder/und bis zur unseren Freilassung, in der wir bessere Voraussetzungen für unseren Kampf haben werden, andauern.**

Die Gründe für unseren Entschluss sind der Zustand unseres Landes und die Bedingungen, in dem wir uns befinden.

In einer Zeit, wo die Welt sich erstmals nicht durch den Krieg, sondern in Frieden umgestaltet, wird in der Türkei versucht, die Hoffnungen für die Lösung der elementaren Probleme auf der Grundlage der Menschenrechte, auf dem friedlichen und demokratischen Wege, zu schwächen.

Weil man gegen die Mauern der Verbote und der Tabus nicht mit konsequenter Entschlossenheit vorgehen kann, versuchen diejenigen, die die Lösung der Probleme des Landes immer noch in den anachronistischen Massnahmen des kalten Krieges, in den militärischen und polizeilichen Massnahmen und in der traditionellen Politik der Unterdrückung und des Schweigens sehen, den Fortschritt zu verhindern.

Man versucht erneut den Terror heraufzubeschwören. Im Osten des Landes wird ein inoffizieller Krieg geführt. Die kurdische Frage, das Problem "Armee" und das Problem "Religion" werden mit Nachdruck als Tabus behandelt. Auch in der Frage der Legalisierung der Kommunistischen Partei versucht man das Verbot aufrechtzuerhalten, obwohl es nach dem Anschein nach in dieser Frage Fortschritte gibt. Die Regierung verliert allmählich ihren Einfluss auf die politischen Entwicklungen und versucht, das Volk mit leeren Versprechungen aufzuhalten.

In dieser Situation **betrachten wir als Marxisten, als Intellektuelle und Bürger dieses Landes als unsere Aufgabe, unsere Stimme für die Abschaffung der Hindernisse vor der Demokratie in kürzester Zeit und für eine die Menschenrechte beachtende, friedliche, laizistische Türkei, in der die Existenz und Freiheit des kurdischen Volkes anerkannt wird, für eine demokratische, mit einem Wort für eine zeitgemässige Türkei zu erheben.**

Wir rufen alle dazu auf, mit einer neuen Herangehensweise den Gedanken zu stärken, dass die Lösungen der Probleme nur auf der Basis des Dialogs und der Toleranz gefunden und die Probleme nur durch friedliche und demokratische Wege gelöst werden können. Wir wünschen, dass unser Todesfasten in diesem Sinne als eine Warnung aufgefasst wird.

Obwohl sich bei der Lösung der Frage der Paragraphen 141, 142 und 163, die zugleich eine Hindernis für die Abschaffung aller anderen gesellschaftlichen Tabus sind, bei allen Parteien innerhalb und ausserhalb des Parlaments und in der Öffentlichkeit ein breiter Konsens entwickelt hat; obwohl immer wider in zahlreichen öffentlichen Podiumsdiskussionen, wissenschaftlichen Versammlungen, in den Artikeln und Berichten und Volksbefragungen der Presse man eindeutig

sehen konnte, dass diese Paragraphen in den Augen des Volkes rechtswidrig sind; obwohl die Regierung hintereinander zahlreiche Erklärungen abgegeben hat, wird diese Frage nicht als Regierungsentwurf ins Parlament gebracht und gelöst.

Weil die Lösung dieser Frage in die Schublade des Ministerpräsidenten eingeschlossen wurde und nicht vorgenommen wird, werden aufgrund dieser Paragraphen wertvolle Patrioten dieses Landes an der Ausübung ihrer Berufe verhindert, sind in den Gefängnissen, im Exil oder gezwungen, in der Illegalität zu leben, und können ihre politischen Rechte nicht wahrnehmen.

Gerade in der Zeit, in der nur noch der letzte Punkt für die Abschaffung dieser Paragraphen fehlt, sind all diese Massnahmen und Vorgehensweisen Ungerechtigkeiten, die das Verständnis der Öffentlichkeit tief verletzen.

Jeder, der für die Demokratie ist, muss es als seine Aufgabe betrachten, gegen diese Ungerechtigkeit in einer wirkungsvoller Weise zu protestieren.

Weil wir davon direkt betroffen sind, ist diese Aufgabe für uns lebenswichtig und unaufschiebbar. Zudem wird es in Anbetracht der Durchführungsweise des Gerichtsprozesses, mit dem wir konfrontiert sind, zu einer Notwendigkeit.

In dem Prozess gegen die TBKP wird die Inhaftierung nur für uns beide fortgesetzt, das gibt es in keinem anderen Prozess. Dafür gibt es überhaupt keine Juristische Grundlage. Wir sind in unserem Land, wohin wir mit unserer freiwilligen Entscheidung und einer gerechten Forderung zurückgekehrt sind, seit 29 Monaten inhaftiert.

Das Andauern unserer Inhaftierung hat nur eine vernünftige Erklärung, nämlich die, dass es um eine politische Haltung geht. Wir befinden uns vor einer bewussten Haltung, die darauf besteht, die Demokratisierung zu stoppen und die Vernichtung der Tabus zu verhindern.

Eine klare und konsequente Absage zu dieser Haltung ist notwendig, und zwar nicht nur weil wir persönlich im Recht stehen, sondern viel mehr als einen Beitrag zur Abwehr der heraufbeschwörenden Gefahren.

Ausserdem hat unser Land solche Probleme, die nur durch die Teilnahme aller Kräfte für Demokratie gelöst werden. Das Land braucht die Marxisten, die Linken so wie nie zuvor. Die verbote bauen ernste Hindernisse vor der Einheit der Marxistischen Linken. Wir wollen auch der Einheit dienen, indem wir dafür kämpfen, dass die verbote abgeschafft werden.

Aus all diesen Gründen nutzen wir die letzte Möglichkeit unter unseren Bedingungen und fangen einen unbefristeten Hungerstreik, ein Todesfasten an.

Unsere Aktion wird bis zur Abschaffung des Verbots über die Kommunistische Partei mit gesetzlichen Regelungen der Paragraphen 141, 142 und 163, oder bis zur Entstehung eindeutiger Zeichen dafür oder / und bis zu unserer Freilassung, in dem wir bessere Voraussetzungen für unseren Kampf haben werden, dauern.

Wir sind uns bewusst, dass die Feinde der Demokratie ermutigt werden, falls wir unsere Rechte und Freiheiten nicht konsequent verteidigen. Mit dieser Überzeugung sind wir sicher, dass die Demokratischen Kräfte früher oder später erfolgreich sein werden.

Ausserdem sind wir sicher, dass neue Personen sich einreihen werden, die unsere Aktion mit denselben Dimensionen und mit derselben Konsequenz weiterführen werden, falls wir ohne Erfolg aus dem Leben scheiden.

Zuletzt wollen wir unterstreichen, dass das Heilmittel des Terrors nicht weniger sondern mehr Demokratie, nicht die Verletzung der Menschenrechte, sondern deren uneingeschränkte Verwirklichung sind.

Wir werden mit unserer menschlichen Würde, unserer Überzeugung für Demokratie und unserem bürgerlichen Bewusstsein Widerstand leisten.

Wir sind sicher, dass unser Volk und die Demokratische Öffentlichkeit auch dieses Mal uns verstehen und unterstützen werden.

Wir wissen es und wir glauben daran.

Nihat Sargin - Haydar Kutlu
6 April 1990